



Protokoll

Gremium: Ausschuss für Feuerwehr und Gefahrenabwehr
Sitzungstermin: Freitag, 21.11.2025
Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 16:25 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal, Feuerwehr-Mitte, Lise-Meitner-Straße 12, 21335 Lüneburg

Anwesenheitsliste

Vorsitz

Carmen Maria Bendorf

Beschließende Mitglieder

Christian-Tobias Gerlach

Jule Grunau

bis 15:45 Uhr

Christel John

Martin Lühmann

Jörn-Christian Manzke

Andreas Neubert

Grundmandat

Cornelius Grimm

Dirk Neumann

Beratende Mitglieder

Sascha Dehning

Tobias Glor

Ralf Kimm

Rainer Utermöhlen

Florian Vierroth

Godeke Klinge

Vertretung für: Ingo Perkun

Verwaltung

Sebastian Markwardt

Markus Moßmann

Dennis Lauterschlag

Paul Hoffmann

Bjarne Froh

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2025	
4	Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil	
5	Einwohnendenfragen	
6	Bericht des Landkreises Lüneburg zur Zivilen Alarmplanung (ZAP)	MV/12169/25
7	Bericht des Standtbrandmeisters über die Einsätze des letzten Jahres und Ausblick auf das kommende Jahr	MV/12168/25
8	Änderung der Satzung der Hansestadt Lüneburg über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Lüneburg außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung - FwGebS) - Aktualisierung des Gebührentarifes nach §§ 1 Absatz 2 und 4 Absatz 1 FwGebS	BV/12166/25
9	Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2025, eingegangen am 28.05.25)	AT/12100/25
9.1	Änderungsantrag zum Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2025, eingegangen am 28.05.25)	AT/12100/25-1
9.2	Änderungsantrag zum Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 19.09.2025, eingegangen am 19.09.2025)	AT/12100/25-2
10	Anträge und Anfragen	
11	Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzende Bendorf begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für Feuerwehr und Gefahrenabwehr sowie die weiteren Teilnehmenden. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Zu TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss:

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 3 Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2025

Beschluss:

Die Genehmigung des Protokolls vom 24.09.2025 wird auf den nächsten Termin am 26.02.2026 vertagt.

Zu TOP 4 Mitteilungen der Verwaltung im öffentlichen Teil

Beratungsinhalt:

Herr Lauterschlag, Leiter des Bereichs 32 – Ordnung und Verkehr –, berichtet über das geplante Feuerwerksverbot, das analog zum letzten Jahr verfügt werden soll. Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass die Initiative Deutsche Umwelthilfe (DUH) sich für ein Feuerwerksverbot zum Schutz von Umwelt, Mensch und Baustrukturen stark mache. Weiterhin plädiere sie für Drohnenshows als Ersatz für Feuerwerk. Die Verwaltung prüfe die Durchführung einer solchen Drohnenshow am 16.12.2025 im Liebesgrund in Kooperation mit der DUH.

Herr Lauterschlag weist darauf hin, dass die Kampfmittelsondierungen unablässig fortgeführt werden. Der Verdachtspunkt in Wilschenbruch habe sich erfreulicherweise nicht bestätigt; es wurde ein Streifenfundament mit metallischem Kern aufgefunden.

Zu TOP 5 Einwohnendenfragen

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzende Bendorf stellt fest, dass keine Einwohnendenfragen vorliegen.

Zu TOP 6 Bericht des Landkreises Lüneburg zur Zivilen Alarmplanung (ZAP) MV/12169/25

Beratungsinhalt:

Frau Völker vom Landkreis Lüneburg berichtet über die Struktur und Aufgaben der zivilen Alarmplanung im Landkreis Lüneburg und den kreisangehörigen Kommunen.

Ratsmitglied Neubert fragt, ob in letzter Zeit Übungen des Katastrophenschutzes durchgeführt wurden. Frau Völker bestätigt dies. Anschließend erkundigt sich Ratsmitglied Neubert, ob das Szenario „flächendeckender Stromausfall“ realistisch sei. Frau Völker erwidert, dass hierzu noch keine genauen Daten erhoben seien, Stromausfälle jedoch ein wichtiges Thema in den Planungen darstellen.

Ratsmitglied Grimm erkundigt sich nach dem ehemaligen Behelfskrankenhaus. Er habe in einem anderen Gremium gehört, dass die Kündigung bereits vollzogen sei. Frau Völker entgegnet, dass die Kündigungsklausel bekannt sei, der genaue Stand jedoch nachgereicht werde.

Ratsmitglied John fragt nach den Folgen eines Stromausfalls. Frau Völker erklärt, dass die Energieversorgung über Netzersatzanlagen sichergestellt werden müsse. Hierfür sei eine konkrete Treibstoffmenge zu benennen, um den dauerhaften Betrieb der Aggregate zu gewährleisten. Herr Kimm von der Polizeiinspektion ergänzt, dass die Polizei sich bereits auf ein solches Szenario vorbereite. Über eine notstromgepufferte Ladeinfrastruktur solle die langfristige Betriebsbereitschaft der elektrischen Fahrzeuge gewährleistet werden.

Ausschussvorsitzende Bendorf erkundigt sich nach der Dauer der Betriebsbereitschaft des Mobilfunknetzes im Falle eines Stromausfalls. Frau Völker schätzt diese auf etwa drei Stunden. Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass viel Infrastruktur zurückgefahren worden sei und das Thema nicht mehr ausreichend diskutiert werde. Die Bevölkerung solle erneut sensibilisiert werden, sich mit solchen Szenarien auseinanderzusetzen. Die Verwaltung werde Maßnahmen wie die Sireneninfrastruktur, Notstromversorgung, Kraftstoffversorgung und Rufbereitschaften vorhalten. Zudem sei die Erfassung der unbedingt notwendigen Verwaltungsleistungen unabdingbar. Die Hansestadt Lüneburg werde ihr Möglichstes tun, um sich darauf vorzubereiten; eine erfolgreiche Vorbereitung setze unter dem Stichwort „Selbstschutz der Bevölkerung“ auch deren Mitwirkung voraus. Ausschussvorsitzende Bendorf weist darauf hin, dass die personelle Besetzung während Krisenfällen teilweise schwierig sei, da Personen mehrfach eingebunden seien. Herr Kimm ergänzt, dass sich ein automatischer Zusammentritt der Führungsorganisationen bei längerfristigen Stromausfällen als organisatorische Maßnahme bewährt habe.

Zu TOP 7 Bericht des Stadtbrandmeisters über die Einsätze des letzten Jahres und Ausblick auf das kommende Jahr MV/12168/25

Beratungsinhalt:

Stadtbrandmeister Utermöhlen präsentiert mittels einer PowerPoint-Präsentation (siehe Anlage im Ratsinformationssystem) den Rückblick der Feuerwehr Lüneburg auf das bisherige Jahr 2025 (Anzahl der Einsätze, Darstellung besonderer Einsätze, Fahrzeuge und Ausrüstung) und gibt einen Ausblick auf das kommende Jahr 2026.

Ratsmitglied Neubert dankt Herrn Utermöhlen für die Darstellung und den Einsatz der Feuerwehr. Er erkundigt sich nach Vorkommnissen von Gewalt gegen die Feuerwehr. Herr Utermöhlen entgegnet, dass es sich in diesem Jahr auf verbale Angriffe beschränkt habe.

Ratsmitglied Grimm fragt nach einer Änderung des Zeitplans in Bezug auf die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeugs. Erster Stadtrat Moßmann erwidert, dass die Verwaltung bemüht sei, im Rahmen des Haushaltsplans die Gelder so zu verwenden, dass alle Beschaffungen durchgeführt werden können. Im Falle der Ersatzbeschaffung von Mannschaftstransportwagen sei dies leider nicht möglich gewesen. Es müsse daher eine Anpassung der Haushaltsplanung erfolgen.

Ratsmitglied Grimm erkundigt sich nach der geplanten Errichtung des Feuerwehrstandorts West. Erster Stadtrat Moßmann ergänzt, dass der Standort West weiterverfolgt werde, es sich jedoch ein Interessenkonflikt mit der vorhandenen Flüchtlingsunterkunft ergebe. Hierzu befinde man sich in enger Abstimmung mit dem Gebäudemanagement.

Zu TOP 8 **Änderung der Satzung der Hansestadt Lüneburg über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Lüneburg außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben (Feuerwehrgebührensatzung - FwGebS) - Aktualisierung des Gebührentarifes nach §§ 1 Absatz 2 und 4 Absatz 1 FwGebS**
BV/12166/25

Beschluss:

Der Ausschuss für Feuerwehr und Gefahrenabwehr fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Die beigefügte 1. Änderungssatzung der Satzung der Hansestadt Lüneburg über die Erhebung von Gebühren für Dienst- und Sachleistungen der Feuerwehr Lüneburg außerhalb der unentgeltlich zu erfüllenden Pflichtaufgaben vom 01.01.2025 (Feuerwehrgebührensatzung - FwGebS) wird zum 01.01.2026 beschlossen.

Zu TOP 9 **Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2025, eingegangen am 28.05.25)**
AT/12100/25

Beschluss:

Der Antrag wird in die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Beratungsinhalt:

Erster Stadtrat Moßmann führt in den Antrag der CDU ein. Gemeinsame Streifen seien – wie be-

reits in anderen Sitzungen erwähnt – nicht sinnvoll. Die Themen Szenencafé und Sozialarbeit sieht die Verwaltung nicht als Aufgaben des Feuerwehr- und Gefahrenabwehrausschusses.

Ratsmitglied Gerlach erkundigt sich, ob die Veränderung von § 32 NPOG bei der Videoüberwachung bereits berücksichtigt worden sei. Erster Stadtrat Moßmann erläutert, dass die Verwaltung weiterhin überwachen dürfe, jedoch nicht aufzeichnen. Die Polizei dagegen dürfe aufzeichnen. Die Polizeidirektion könne sich ein Pilotprojekt in der Innenstadt vorstellen. Eine Videoüberwachung durch die Hansestadt Lüneburg sei wegen der fehlenden Aufzeichnungsmöglichkeit hingegen nicht sinnvoll.

Ratsmitglied John bittet um Auskunft, warum ein Alkoholverbot in Zügen zulässig sei, ein flächendeckendes Verbot jedoch alle Personen unter Generalverdacht stelle. Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass die Verkehrsbetreiber das Alkoholverbot in den Beförderungsbedingungen festschreiben können; dies falle dann unter das geltende Hausrecht. Ratsmitglied John erkundigt sich, ob dies auch für Haltestellen gelte. Erster Stadtrat Moßmann verneint dies, da Haltestellen überwiegend im öffentlichen Raum liegen. In Hamburg befänden sich einige Haltestellen im Eigentum der Hochbahn, dort sei die Regelung umsetzbar. Bei Haltestellen auf öffentlichem Grund sei der Sachverhalt vergleichbar mit Lüneburg. Die Verwaltung halte es für unverhältnismäßig, für diesen Bereich ein Alkoholverbot festzulegen. Ratsmitglied Grimm erkundigt sich nach der Haltestelle Sülztorstraße, an der ein Schild des HVV bezüglich einer Alkoholverbotzone angebracht sei. Erster Stadtrat Moßmann erwidert, dass der Sachverhalt von der Verwaltung geprüft werde.

Ratsmitglied Gerlach erkundigt sich nach den gemeinsamen Streifen von Streetwork und Kommunalem Ordnungsdienst. Er habe den Eindruck, dass die Verwaltung dies nicht durchsetzen wolle, da die Streetworker dagegen seien. Erster Stadtrat Moßmann erklärt, dass es zutreffe, dass die Sozialarbeit der Diakonie diese Sicht vertrete. Dies ergebe sich aus Erfahrungen der Vergangenheit, wonach durch bessere Zugänge zu den Personen präventiv mehr erreicht werden könne. Diese Zugänge würden durch den Ordnungsdienst verloren gehen.

Ratsmitglied Gerlach sieht die Zuständigkeit für die Entfernung von Graffiti bei den Gebäudeeigentümern. Er fragt nach, ob die Stadt Überlegungen anstelle, diese zu unterstützen. Erster Stadtrat Moßmann erklärt, er werde Frau Lucht, Leiterin des Fachbereichs Gebäudewirtschaft, nach dem aktuellen Stand fragen. Er sehe dies jedoch als leidvolle Aufgabe der Eigentümer. Ratsmitglied Lühmann ergänzt, er habe persönliche Erfahrungen mit Graffiti gemacht. Es bestehe auch die Möglichkeit, Graffiti mit künstlerischen Motiven zu übermalen. Er fragt, ob es möglich sei, mehr Flächen für legale Graffiti-Erstellung bereitzustellen. Erster Stadtrat Moßmann erwidert, dass ein entsprechendes Angebot vorhanden sei, der Wille jedoch in eine andere Richtung gehe.

Zu TOP 9.1 Änderungsantrag zum Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 28.05.2025, eingegangen am 28.05.25)
AT/12100/25-1

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird in die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Zu TOP 9.2 Änderungsantrag zum Antrag "Mehr Sicherheit, Ordnung und Lebendigkeit in der Lüneburger Innenstadt" (Antrag der CDU-Fraktion vom 19.09.2025, eingegangen am 19.09.2025)
AT/12100/25-2

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird in die nächste Ausschusssitzung vertagt.

Zu TOP 10 Anträge und Anfragen

Beratungsinhalt:

Ratsmitglied spricht die Situation im Parkhaus bei Karstadt an. Erster Stadtrat Moßmann erwidert, dass die Verwaltung im Gespräch mit den Eigentümern sei. Herr Kimm von der Polizeiinspektion ergänzt, dass die Polizei in dem Bezug Maßnahmen treffe, um präsenter zu sein.

Ratsmitglied Grimm erkundigt sich nach der Beschilderung der Alarmausfahrt des Feuerwehrhauses Süd. Erster Stadtrat Moßmann entgegnet, dass die Verwaltung dies prüfe.

Zu TOP 11 Mündliche Anfragen i.S.v. § 16 III GO des Rates zu wichtigen aktuellen Angelegenheiten

Beratungsinhalt:

Ausschussvorsitzende Bendorf stellt fest, dass es keine Anfragen im öffentlichen Teil gibt.

Der öffentliche Teil endet um 16:25 Uhr.

Carmen Maria Bendorf

Markus Moßmann

Bjarne Froh
Protokollführer